

Wo sind die Bioenergiedörfer?

KLIMA Kreis informiert, wie Bürger mit Genossenschaften zur Energiewende beitragen können / Edingen erwägt Nahwärmenetz

Von Jörgen Linker

WETZLAR/DILLENBURG/ SINN-EDINGEN Im Lahn-Dill-Kreis gibt es (noch) kein Bioenergiedorf, im Nachbarkreis Marburg-Biedenkopf dagegen schon 13. Was machen sie, welche Probleme haben sie?

Darüber hat die Kreisverwaltung am Dienstag in Wetzlar informiert. Vertreter von Stadtwerken, Banken, Forstamt, Parteien, Städten und Gemeinden sowie von Energieunternehmen besuchten die Veranstaltung.

Ein kleines Dorf: 850 Einwohner, 240 Gebäude, eine Kirche, eine Grundschule, eine Feuerwehr, ein Bürgerhaus und zehn Vereine. Oberrospe, ein Stadtteil von Wetter im Landkreis Marburg-Biedenkopf, ist ein Dorf



Hans-Jochen Henkel

wie viele andere. Aber hier haben Bürger etwas Besonderes auf die Beine gestellt. 2006 diskutierte der Ortsbeirat, ob man nicht eine eigene Energieversorgung für das Dorf aufbauen wolle. Anlass waren damals der Weltklimabericht und steigende Energiepreise. Ein Jahr später gründeten 85 Bürger eine Genossenschaft – die „Bioenergiedorf Oberrospe eG“.



Windkraft und Photovoltaik – zwei Möglichkeiten für Genossenschaften, erneuerbare Energien zu erzeugen und Bürger daran zu beteiligen.

(Archivfoto: Wehrauch/dpa)

Wieder ein Jahr später bauten sie ein Heizwerk (mit einem Kessel zum Verbrennen von Holzhackschnitzeln im Winter sowie einem Blockheizkraftwerk für die Grundversorgung von April bis Oktober), dazu ein Nahwärmenetz, das die Gebäude an das Heizwerk anschließt.

Hans-Jochen-Henkel ist ehrenamtlicher Vorsitzender der Genossenschaft. Er stellte das Projekt und das Bioenergiedorf Oberrospe vor. Innerhalb von sechs

Monaten seien Heizwerk und eine sieben Kilometer lange Versorgungsstrasse errichtet worden, zwei Kilometer davon, die Hausanschlüsse, habe man selbst gegraben. Das Heizwerk könne 240 Gebäude mit Wärme versorgen, derzeit seien 140 über das Netz angeschlossen. „Bei uns hat noch keiner gefroren“, sagt er.

Die Teilnehmer zahlten derzeit einen monatlichen Grundpreis von 29,90 Euro sowie 8,3 Cent pro Kilowatt-

stunde. Henkel geht davon aus, die Preise stabil halten zu können. Dafür Sorge auch eine Einkaufsgenossenschaft. Gemeinsam mit anderen Bioenergiedörfern schreibe man den Einkauf von Holzhackschnitzeln aus, die Lieferanten kämen alle aus Hessen.

Die Genossenschaft nutzt inzwischen auch die Abwärme einer Biogasanlage eines benachbarten Bauernhofs. Und sie betreibt mittlerweile sechs Photovoltaikanlagen

auf angemieteten Dächern im Dorf; dieser Strom werde ins Stromnetz eingespeist. Ein weiteres Vorhaben steht an: 2019 wolle man mit einem E-Carsharing starten. Die Genossenschaft wolle dazu zwei Elektroautos anschaffen und eine Solartankstelle im Dorf errichten. „Wir wollen, dass Bürger die Autos zum Beispiel für Fahrten zum Einkauf und zum Arzt nutzen“, sagt Henkel. In Oberrospe sollten nach und nach die Zweitautos in den

Garagen überflüssig werden und sich die Bürger Elektroautos teilen.

2012 wurde das Dorf bundesweit als „Bioenergiedorf des Jahres“ ausgezeichnet. Vorsitzender Hans-Jochen Henkel berichtete aber auch über Hürden in der Anfangszeit. Man habe schnell gemerkt, dass man eine Machbarkeitsstudie von einem Experten benötige, Kosten: 14 000 Euro. Diese Studie wolle jede Bank sehen, bevor sie so ein Projekt vorfinan-

ziere. Nächste Hürde: Nur eine Bank habe das Vorhaben unterstützen wollen, den anderen sei das Risiko zu groß gewesen. Was Henkel auch feststellt: Es seien vor allem ältere Menschen, über 60 Jahre, die sich in der Genossenschaft ehrenamtlich engagierten. Für den Fall, dass sich die Genossenschaft aus irgendwelchen Gründen auflöse, habe man vorgesorgt. Eine Kooperation mit den Stadtwerken Marburg solle dafür sorgen, dass der Betrieb des Heizwerks und die Wärmeversorgung im Dorf auch weiter gewährleistet würden.

Im Nachbarkreis gibt es bereits 13 Dörfer, die sich selbst mit Wärme versorgen, fünf weitere wollen nachziehen

13 Bioenergiedörfer gibt es bereits im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Sie versorgen 1500 Haushalte mit Wärme und werden laut Henkel in den nächsten 20 Jahren insgesamt 75 Millionen Liter Heizöl einsparen. Fünf weitere Bioenergiedörfer sind geplant. So wolle ein Dorf einen riesigen Schiffstank anschaffen und Wasser darin mit Solarenergie erwärmen und so das Dorf mit Wärme versorgen; voraussichtliche Kosten: sieben Millionen Euro.

Im Lahn-Dill-Kreis gibt es bislang noch kein Bioenergiedorf. Der Sinner Ortsteil Edingen könnte das erste werden. Auch dort gibt es die Idee, ein eigenes Nahwärmenetz aufzubauen.

Energie in Bürgerhand – wie funktioniert das?

KLIMA Beispiele für Bürgerbeteiligungen an regionalen Projekten

Von Jörgen Linker

WETZLAR/DILLENBURG Wie können Bürger selbst Strom und Wärme produzieren, wie sieht das in Genossenschaften organisieren?

Antworten gab es in einer Veranstaltung am Dienstag in Wetzlar, der Lahn-Dill-Kreis informierte.

Martin Rühl ist Geschäftsführer der Stadtwerke-Union Nordhessen, die sechs Stadtwerke vereint. Und er ist ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender des „Bündnis Bürgerenergie“, ein Zusammen-

schluss von bundesweit über 200 Vereinigungen, Unternehmen und Personen. Rühl sagte: „Bei Windparks halte ich die Bürgerbeteiligung für unabdingbar.“ Und er stellte weitere Beispiele für Bürgerbeteiligungen in der Energiebranche vor: Auf der Ostseeinsel Usedom hätten Bürger ein Ladenetz für Elektroautos aufgebaut; die Energie-Genossenschaft Inn-Salzach habe eine Lärmschutzwand mit Photovoltaik-Modulen bestückt und versorge so eine benachbarte Schule mit Energie.

Die Stadtwerke-Union Nordhessen vermarkte von

ihrem gesamten Strom inzwischen 85 Prozent aus erneuerbaren Energien aus der Region, vor allem aus sechs Windparks mit insgesamt 30 Windrädern. Rühl machte die Bedeutung der regionalen Wertschöpfung deutlich. Mit dem in Nordhessen erzeugten Strom könnten bis zu 300 Millionen Euro in der Region gehalten werden. Er rechnete vor: Werde ein Windpark regional betrieben, blieben 58 Millionen Euro an Investitionen, Einkünften, Pacht und Steuern in der Region, bei einem externen Betreiber nur sieben Millionen Euro.



Martin Rühl (links), Vorsitzender des „Bündnis Bürgerenergie“, und Volker Kläs, Geschäftsführer des Vereins „Sonneninitiative“, und: Mit dem Argument der regionalen Wertschöpfung könne man Politiker überzeugen.



(Fotos: Linker)

Allerdings stießen Windräder zunehmend auf Widerstand in ländlichen Regionen. Umsomehr seien Teilhabe und Mitgestaltung von Bürgern Voraussetzung für die Akzeptanz und letztlich für ein Gelingen der Energiewende.

Volker Kläs, Geschäftsführer des Marburger Vereins „Sonneninitiative“, warb für die Solarenergie in Bürgerhand. 2018 sei bislang ein Rekordjahr für die Solarenergie. Im Juli seien immerhin 15 Prozent des gesamten Stroms in Deutschland durch Sonnenenergie erzeugt worden (weitere 10 Prozent durch Wind, 26 Prozent durch Braunkohle, 16 Prozent durch Steinkohle und 14 Prozent durch Atomkraft). Ein Quadratmeter Solaranlage liefere im Jahr so viel Energie wie 100 Liter Öl. Würde

man eine 700 mal 700 Kilometer große Fläche in der Sahara mit Solarmodulen bestücken, könne man damit den weltweiten Strombedarf decken.

Der Marburger Verein betreibt Solarparks in Bürgerhand auf kommunalen Dächern, setzt also Photovoltaikanlagen auf Schul-, Verwaltungs- und Feuerwehrgebäude, auf Rathäuser, Dorfgemeinschaftshäuser, Sporthallen und Kindergärten.

Es brauche keine eigene Immobilie, um sich an Solarkraft zu beteiligen, sagte Kläs: Die Kommune stelle die Dachflächen zur Verfügung, die „Sonneninitiative“ errichte die Anlagen darauf, Bürger könnten dann Teileigentum an einzelnen Modulen auf den Dächern erwerben und würden ent-

sprechend an den Erlösen aus der Vergütung durch das Einspeisen des Stroms ins Netz beteiligt. Sie seien damit Solarunternehmer und gelten steuerlich als Gewerbetreibende.

250 Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden

2004 habe der Verein seinen ersten Bürgersolarkraftwerke in Betrieb genommen. Unter anderem für 88 000 Euro auf einer Schule in Wohratal; zwölf Bürger aus der Gemeinde hätten sich daran beteiligt. Inzwischen habe der Verein 250 Anlagen auf öffentlichen Gebäuden in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg, im Lahn-Dill-Kreis eines in Oberbiel auf den städtischen Kindergarten- und Feuerwehrgebäuden. Das benachbarte

Schuldach im Eigentum des Kreises sei leider noch ungenutzt.

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf habe der Verein die Politik mit dem Argument der regionalen Wertschöpfung überzeugen können. 500 Millionen Euro seien jährlich an die Verkäufer von „alter Energie“ außerhalb des Kreises abgeflossen. Geld, das man versuche, mit Solaranlagen in Bürgerhand im Kreis zu behalten. „Solche Summen sind neben den Argumenten Klimaschutz, Gerechtigkeit und Bürgerwille echte Kennzahlen, so Volker Kläs.“

Nach seinen Angaben lieferten die 250 Sonnenkraftwerke des Vereins 2017 insgesamt 25 Millionen Kilowattstunden Energie. An den Anlagen seien rund 1600 Bürger beteiligt.

WAS KANN DER LAHN-DILL-KREIS TUN?

Im Lahn-Dill-Kreis werden laut Kreisverwaltung jährlich rund 9000 Gigawattstunden Energie verbraucht und dafür rund 760 Millionen Euro ausgegeben. Bis 2050 will der Kreis den kompletten kreisweit verbrauchten Strom und mindestens 55 Prozent der Wärme mit regional erzeugter, erneuerbarer Energie decken. 2013 waren es gerade mal zwölf Prozent des Stroms und fünf Prozent der Wärme.

Vize-Landrat Heinz Schreiber (Grüne) sagte: Das Thema Klimaschutz spiele in der großen Politik bislang nur eine unter-

geordnete Rolle. Dort bewege man sich nur langsam. „Wir können aber nicht warten. Wir müssen vor Ort, lokal und regional, unseren Beitrag leisten.“ Die Vorträge sollten Impulse dazu geben, Anregungen und Ideen zur Gründung von Energiegenossenschaften geben.

Die Veranstaltungsteilnehmer formulierten allerdings auch Wünsche an den Kreis. Sie wöhlen unter anderem: Ansprechpartner für Hilfestellungen; eine Datenbank für Energiegenossenschaften mit Informationen, wie andere Genossenschaften

bei ihrem Projekt vorgegangen sind; einen Stammtisch zum Erfahrungsaustausch; eine Beratung über Fördermittel; eine Vorfinanzierung von Machbarkeitsstudien.

Hans-Jochen Henkel, Vorsitzender der Genossenschaft „Bioenergiedorf Oberrospe“ berichtete, der Landkreis Marburg-Biedenkopf unterstütze Initiativen bei der Suche nach Expertenwissen, bei der Vermittlung von Kontakten zu Experten, moderiere Versammlungen und helfe bei der Öffentlichkeitsarbeit. (jll)